

politische Meinung frei äußern; 44 Prozent waren gegenteiliger Ansicht. 1991 waren noch 78 Prozent der Auffassung, nicht nur die Gedanken, sondern auch die Worte wären frei.

Grundgesetzlich gesicherte versus gefühlte Meinungsfreiheit

Dabei spielt es keine Rolle, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung verfassungsrechtlich garantiert ist. Entscheidend ist die gefühlte und erlebte Meinungsfreiheit, die Erfahrung, mit seiner Meinung nicht angeprangert zu werden. Bezeichnenderweise fühlen sich die Anhänger der Grünen am freiesten, die AfD-Sympathisanten dagegen am wenigsten frei. Dies ist ein bedenklicher Befund, und ein höchst gefährlicher obendrein. Denn ohne Meinungsfreiheit ist keine öffentliche Auseinandersetzung, kein Ringen um die Meinungsführerschaft mehr möglich – und damit auch keine liberale Demokratie.

Dass weniger als die Hälfte der Deutschen noch ihre Meinung zu sagen wagen, ist ein durchschlagender Erfolg der Cancel Culture. Diese Zuspitzung von Political Correctness verfolgt das Ziel, unangemessene Meinungen aus dem öffentlichen Diskurs herauszuhalten. Menschen, die „falsche“ Ansichten vertreten, sollen erst gar nicht zu Wort kommen dürfen.

Dies zeigt sich bei der Besetzung der Talkshows der öffentlich-rechtlichen Sender. Vertreter der in Teilen rechtsextremistischen AfD sind davon praktisch ausgeschlossen, Repräsentanten der in Teilen linksradikalen Linkspartei alias SED dagegen stets willkommen. Auch wenn man der Meinung ist, die AfD mit ihren völkischen und rassistischen Tönen würde vom Wähler am besten wieder in die Versenkung geschickt, kann man ihre relativ starke parlamentarische Existenz nicht einfach ausblenden, jedenfalls nicht mit demokratischen Argumenten.

Die politischen Tugendwächter sind selbst eine Minderheit,

allerdings dank medialen Rückenwinds eine mächtige. Die große Mehrheit der Bevölkerung hält beispielsweise die angeblich „geschlechtergerechte“ Schluckauf-Sprache („Mitglieder – Pause – Innen“) für Unsinn, ärgert sich, in Funk und Fernsehen ständig Gender-Sprech anhören zu müssen. Auch haben mehr als zwei Drittel der Deutschen mit Bezeichnungen wie Zigeunerschnitzel oder Mohrenkopf kein Problem. Aber sie achten darauf, was „man“ noch sagen darf.

Journalisten als politische Aktivisten

Die vielfältigen Bemühungen, die Deutschen in die richtige, linksgrüne Spur zu zwingen, sind nicht das Ergebnis einer großen Verschwörung, eines „deep states“. Vielmehr bilden unter den Journalisten diejenigen mit linken und grünen Einstellungen die große Mehrheit. Wobei der Begriff Journalist bei vielen Mitarbeitern der Öffentlich-Rechtlichen an Etikettenschwindel grenzt. Hier sind häufig politische Aktivisten am Werk, toleriert von ähnlich gesinnten oder konfliktscheuen Vorgesetzten. Mögen die rückständigen Zuschauer und Zuhörer sich über diese Umerzieher auch aufregen – ihre Zwangsgebühren müssen sie dennoch zahlen.

Die Strategie, unliebsame Meinungen aus dem politischen Diskurs zu verbannen, erinnert in gewisser Weise an die „illiberale Demokratie“ à la Viktor Orbán. Anders als in Ungarn wird „das Richtige“ in Deutschland nicht von oben verordnet, sondern mehr oder weniger beiläufig implementiert. Getragen wird das alles keineswegs nur von den Medien oder Politikern aus den Reihen der Grünen, der SPD und der Linken. Dabei sind auch staatliche Instanzen hilfreich.

Eine der Errungenschaften von Rot-Grün sind beispielsweise die unzähligen „Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte: innen (m/w/d)“ auf ihren gut dotierten Stellen. Dass die CDU dabei in vielen Kommunen mit-



Dass weniger als die Hälfte der Deutschen noch ihre Meinung zu sagen wagen, ist ein durchschlagender Erfolg der Cancel Culture. Diese Zuspitzung von Political Correctness verfolgt das Ziel, unangemessene Meinungen aus dem öffentlichen Diskurs herauszuhalten.



„Dem Kampf gegen den Linksradikalismus wird politisch dagegen so gut wie kein Augenmerk geschenkt. Das ist kein Zufall. Denn viele der staatlich alimentierten Antifaschisten hängen ihrerseits einem linksradikalen Weltbild an.“

macht, um als modern zu gelten, erleichtert den anderen das Geschäft. Vom Staat ebenso großzügig gefördert werden Organisationen, die sich offiziell dem Kampf gegen Rassismus und Antifaschismus verschrieben haben.

Dem Kampf gegen den Linksradikalismus wird politisch dagegen so gut wie kein Augenmerk geschenkt. Das ist kein Zufall. Denn viele der staatlich alimentierten Antifaschisten hängen ihrerseits einem linksradikalen Weltbild an, was ihre staatlichen Finanziere aber kaum stört. Wer gegen angebliche Nazis kämpft, gehört aus linksgrüner Sicht automatisch zu den Guten. Alle diese Anti-Vereine und Pro-Gleichstellungs-Initiativen haben einen hübschen Nebeneffekt: Hier lassen sich viele politisch-korrekt Gesinnte auf Staatskosten unterbringen.

Es ist ein bedenklicher Befund, wenn die Meinungsforscher von Allensbach feststellen, „die Mehrheit fühlt sich gegängelt.“ Diese Gängelung erfolgt indes nicht von oben, wie wir das von Ungarn oder gar aus der Türkei kennen. Der das Meinungsklima prägende linksgrüne politisch-mediale Komplex ist eine Minderheit, die Druck auf die Mehrheit ausübt. Folglich hat die große Mehrheit den Eindruck, ihr werde vorgegeschrieben, was sie zu denken habe und was sie noch sagen dürfe.

Political Correctness und Cancel Culture sind mit einer freiheitlichen, pluralistischen Gesellschaft unvereinbar. Sie beschädigen zunehmend den liberalen Kern der Demokratie – die offene Kontroverse, das öffentliche Ringen um den richtigen Weg. ■